

**Rede  
der Fraktionsvorsitzenden**

**Johanne Modder, MdL**

zu TOP Nr. 2 bis 4

**2) Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten über die Ergebnisse der Videokonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 10.02.2021 und Umsetzung in Niedersachsen**

**3) Erste Beratung: Alle mitdenken: Den niedersächsischen Stufenplan mit umfassenden Begleitmaßnahmen zum Erfolg machen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/8483

**4) Erste Beratung: Für einen Stufenplan 2.1: für differenzierte Öffnungskriterien!**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/8493

während der Plenarsitzung vom 17.02.2021  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin Hamburg, wenn man Ihnen aufmerksam zuhört, dann merkt man: Sie widersprechen sich in jedem dritten Satz.

Manchmal habe ich das Gefühl, dass Sie den Ernst der Lage noch nicht erkannt haben. Das finde ich wirklich sehr schade.

Sie reden hier davon, dass wir längst weitere Möglichkeiten hätten schaffen sollen. Sie reden von Geschwisterkindern, Sie reden von Bars und Diskotheken usw.

Das Einzige, was im Moment gegen das Virus hilft, ist, die Kontakte zu beschränken. Nichts anderes hilft im Moment, und das wissen Sie auch.

Sie reden davon, dass Niedersachsen vorangehen soll, dass Niedersachsen weitermachen soll. In Ihrem Antrag loben Sie den Stufenplan.

Sie loben den Stufenplan, sagen aber auch, dass bundeseinheitliche Regelungen sehr sinnvoll seien, weil sie die Akzeptanz fördern würden. Was denn jetzt: einen Stufenplan in die Debatte einbringen oder doch wieder nach vorne marschieren, indem Niedersachsen einen eigenen Stufenplan vorstellt?

Ich will Ihnen noch eines sagen: Die grüne Bürgerschaftsfraktion in Hamburg ist da schon viel weiter als Sie. Sie sieht nämlich den Stufenplan Niedersachsens als Modell und dringt darauf, dass dieses Stufenmodell für die Bund-Länder-Gespräche Vorbild sein soll.

Meine Damen und Herren, wir gehen jetzt ins zweite Jahr der Corona-Pandemie. Ich glaube, das haben wir alle uns im letzten Jahr, in dem wir die Corona-Pandemie erleben mussten, nicht vorstellen können. Seit Dezember befinden wir uns in Deutschland und Niedersachsen in einem Lockdown - ich würde sogar sagen: in einem harten Lockdown, weil er mit Blick auf die Kontaktbeschränkungen im persönlichen Bereich sehr harte Forderungen stellt. Sie kennen das: ein Haushalt plus eine Person plus Kinder bis sechs Jahre. Sie kennen die Einschränkungen in Schulen und Kindertagesstätten sowie in der Wirtschaft. Wir reden dabei vom Einzelhandel, explizit auch von der Tourismusbranche, von Hoteliers und Gastronomie, vom Kultur- und Kunstbereich und vom Sport. Ich habe garantiert einen oder auch mehrere Bereiche vergessen; das möge man mir nachsehen.

All diese Einschränkungen und Beschränkungen zerren sehr an den Nerven. Es geht nämlich nicht allein um die persönlichen Einschränkungen, sondern auch um Existenzängste und Zukunftsängste, weil viele Menschen ihre Arbeit bereits verloren haben, in Kurzarbeit sind, nicht wissen, wie es mit ihrer Arbeitsstätte

weitergeht. Es geht um die gravierenden Folgeschäden für unsere Gesellschaft, aber vor allen Dingen für unsere Kinder und Jugendlichen. Ich will hier ausdrücklich auch die berufstätigen Eltern erwähnen, die zwischen Homeoffice und Homeschooling im Moment weit über die Grenzen ihrer Belastbarkeit gehen.

Kurzum: Die aktuelle Situation ist extrem angespannt. Das merkt man überall. Ich glaube, das merken wir mittlerweile auch an uns selbst. Ich selbst zumindest merke es sehr stark.

Viele Menschen hatten große Erwartungen an die Runde der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin - nicht in dem Sinne, dass alles sofort wieder gelockert wird, sondern dass Perspektiven aufgezeigt werden, um Schritt für Schritt - möglicherweise auch nur in Trippelschritten - wieder zu einem einigermaßen normalen Leben zurückkehren zu können.

Diese Erwartungen waren an den Beschluss vom 19. Januar geknüpft. Dort findet man unter Nummer 1 den Arbeitsauftrag an den Chef des Bundeskanzleramtes, mit den Ländern „ein Konzept für eine sichere und gerechte Öffnungsstrategie zu erarbeiten“. Bei der letzten Runde wurde dazu nichts vorgelegt. Meines Wissens wurde auch noch nichts erarbeitet. Es war für uns und auch für viele andere Bereiche enttäuschend, dass das nicht zur Debatte stand oder sich zumindest nicht in der Beschlussfassung wiedergefunden hat.

Vielleicht war das aber auch erwartbar; denn schon Tage vor dem Treffen deutete alles darauf hin, dass aufgrund der aktuellen Infektionsentwicklung, aber vor allem aufgrund der drohenden Gefahr durch die Mutanten eine Verlängerung des Lockdowns bis Ende Februar oder in den März hinein unausweichlich ist.

Das ist aus meiner Sicht auch richtig und völlig nachvollziehbar. Wir wissen aufgrund der Berichterstattung, dass z. B. in der Region Hannover die britische Mutante mittlerweile einen Anteil von 40 Prozent an den Neuinfektionen hat.

Wir haben es mit zwei völlig unterschiedlichen Entwicklungen zu tun: Auf der einen Seite gibt es bundesweit sinkende Infektionszahlen. Der bundesweite Inzidenzwert liegt heute meines Wissens bei 57. Die Entwicklung in Niedersachsen verläuft dagegen leider sehr schleppend. Wir haben wieder steigende Zahlen. Der Inzidenz bei uns liegt heute meines Wissens bei 69,7. Auf die gewaltige Spreizung innerhalb unseres Bundeslandes hat der Ministerpräsident hingewiesen.

Auf der anderen Seite gibt es die drohende Gefahr durch die Mutationen. Sie alle kennen die Berichte dazu und auch die Warnungen aus der Wissenschaft, jetzt nicht leichtsinnig alles aufs Spiel zu setzen, was so hart von den Menschen in der

Gesellschaft erkämpft wurde, die einen sehr großen Anteil daran haben, weil sie sich sehr diszipliniert und solidarisch an alle Einschränkungen und Beschränkungen gehalten haben. Ihnen haben wir meines Erachtens ganz herzlich zu danken!

Ich gehe so weit, zu sagen, dass wir im Moment in der wohl schwierigsten Phase der Pandemie sind. Wir müssen auf der einen Seite trotz sinkender Zahlen vorsichtig bleiben, sehen aber auf der anderen Seite die hohe Erwartungshaltung und die Hoffnungen der Menschen.

Ich will nicht versäumen, hier auch an die vielen Todesopfer zu erinnern und zu erwähnen, dass, auch wenn die Zahlen Gott sei Dank rückläufig sind, immer noch jeden Tag weiterhin viel zu viele Menschen an und mit diesem Coronavirus sterben. Allein gestern waren es in Niedersachsen 65. Insgesamt haben wir 3.954 Todesopfer zu beklagen. Bundesweit waren es gestern 560 und insgesamt 66 164 Menschen. Diese Zahlen sind furchtbar. Ich wünsche mir sehr, dass wir uns niemals an diese Meldungen gewöhnen.

Ich bin deswegen unserem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier sehr dankbar für seine Aktion #lichtfenster, weil sie ein Zeichen des gemeinsamen Gedenkens setzt - ein symbolisches Licht in dieser so dunklen Zeit. Außerdem wird der Bundespräsident nach Ostern in Berlin eine Gedenkfeier für alle Todesopfer in Deutschland ausrichten. Ich finde, das ist ein gutes Signal in die Gesellschaft, um auch die Todesopfer und deren Angehörige nicht zu vergessen.

Meine Damen und Herren, ich erwähne dies hier besonders, weil ich glaube, dass die erste Zielsetzung ins Hintertreffen gerät und dass sich die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs in einem wirklich schwierigen Abwägungsprozess befinden. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass alle Verantwortlichen in dieser schwierigen Situation nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden, weil alle um die Folgen der Grundrechtseinschränkungen für unsere Gesellschaft und für die Wirtschaft wissen und weil sie sich ihrer Verantwortung für die Akzeptanz der Maßnahmen bewusst sind. Dafür möchte ich einmal ein herzliches Dankeschön sagen; denn auch das kommt in dieser Zeit viel zu kurz.

Ich glaube, wir alle wissen, welche hohe Verantwortung auf diesen Schultern lastet.

Auf der einen Seite stehen also der Gesundheitsschutz für unsere Bevölkerung und die drohende Gefahr durch die Mutationen und auf der anderen Seite der Wunsch nach Normalität - sofern man von einer Normalität noch reden kann. Vielleicht beschreibt die Überschrift der *Süddeutschen Zeitung* „Vorsicht trifft Ungeduld“ den Konflikt zwischen Sicherheit und Freiheit sehr gut.

Was für viele überraschend kam und im Vorfeld nicht wirklich offensiv kommuniziert wurde - das war meines Erachtens ein riesiger Fehler -, war, dass die ursprüngliche Zielmarke des Inzidenz-werts von 50 - wir haben uns öfter darüber ausgetauscht, dass die Gesundheitsämter bis zu einer Inzidenz von 50 zur Kontaktnachverfolgung in der Lage sind - auf einmal auf einen Inzidenzwert von 35 abgesenkt wurde. Hätte man das offensiver diskutiert, wäre meines Erachtens die Akzeptanz größer gewesen.

Wir wissen genau, dass viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bereits vor Wochen gewarnt haben, dass eine Inzidenz von 50 aufgrund der diffusen Lage mit Blick auf die Mutanten noch viel zu hoch sei. Manche haben dabei von einem Inzidenzwert von 35 gesprochen, andere sogar von unter 10, bevor man überhaupt zu Lockerungsmaßnahmen kommen kann.

Der Inzidenzwert von 35 gilt also als Frühwarn-wert, um geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Infektionsdynamik zu verlangsamen und eine exponentielle Steigerung der Infektionszahlen zu vermeiden. Wie sagte so schön eine Virologin in einer Talkrunde letzte Woche? „Wir laufen Gefahr, dass uns das Virus davonläuft.“ Diese Meldung, die 50 schon in greifbarer Nähe zu sehen und dann doch auf 35 gehen zu müssen, war für viele Menschen und für viele Branchen wirklich eine herbe Enttäuschung.

Meine Damen und Herren, der in Niedersachsen vorgelegte Stufenplan 2.0 hat überall im Land und auf Bundesebene hohe Beachtung gefunden und in den Gesprächen, die ich dazu geführt habe, sehr große Zustimmung bekommen. Herr Ministerpräsident, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, dass jetzt - spätestens am 3. März - in der nächsten Bund-Länder-Runde endlich auch ein Vorschlag der Bundesebene vorgelegt werden muss. Ich will Sie ausdrücklich ermutigen, den von Ihnen eingebrachten Stufenplan 2.0 dort wirklich ernsthaft einzubringen und auch zu verteidigen. Ich glaube, er ist ein sehr differenzierter Stufenplan, mit dem man wirklich gut arbeiten kann.

Die Menschen brauchen eine Perspektive, und sie brauchen Verlässlichkeit. Ich will auf das Thema Impfen gar nicht mehr groß eingehen. Ich glaube, das hat der Ministerpräsident hier sehr ausführlich vorgetragen. Ich will von meiner Seite nur noch so viel anmerken: Die Meldung von gestern Abend, dass jetzt auch Johnson & Johnson die Zulassung bei der EU beantragt hat und wohl mit der Entscheidung der EMA bis Mitte März zu rechnen ist, gibt Hoffnung, zumal dieser Impfstoff nur einmal verabreicht werden muss. Es wäre also der vierte zugelassene Impfstoff. Ich bleibe bei meiner Zuversicht: Wenn es immer mehr Impfstoff gibt, und den wird es geben, können wir diese Pandemie mit etwas Geduld auch wirklich bekämpfen.

Auch die Absicht, die Beschäftigten in den Schulen und den Kindertageseinrichtungen früher zu impfen, also sie in ihrer Priorität weiter nach vorne zu ziehen, halte ich für absolut richtig. Das ist die Berufsgruppe, die mit einer Bevölkerungsgruppe zu tun hat, über die bezüglich der Impfung überhaupt noch nicht gesprochen wird: Kinder und Jugendliche.

Sowohl das Vorankommen beim Impfen als auch die Ausweitung der Teststrategie - der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen - bis hin zu den Selbsttestungen müssen in Anbetracht der Stufen- und Perspektivpläne natürlich Berücksichtigung finden. Davon bin ich zutiefst überzeugt. Wir müssen immer berücksichtigen, wie weit wir mit den Impfungen und den Selbsttests sind, um zu weiteren Lockerungs-Schritten zu kommen.

Sehr dankbar bin ich auch für die Hartnäckigkeit beim Thema Schule. Auch wenn wir im Dezember noch eine Vorreiterrolle eingenommen haben, so ziehen doch immer mehr Bundesländer nach und nehmen den niedersächsischen Weg als Vorbild. Auch die Bund-Länder-Runde hat die Bedeutung von Bildung und die belastende Situation der Kinder und Jugendlichen noch einmal besonders hervorgehoben. Außerdem begrüßen wir sehr den Zehn-Punkte-Plan unseres Kultusministers. Auf die Testangebote für das Personal in Schulen und Kindertagesstätten ist bereits hingewiesen worden.

Ich bitte auch Sie, Herr Minister Tonne, dass Sie an Ihrem Weg festhalten, je nach Infektionslage so viele Schülerinnen und Schüler wie möglich mindestens in den Wechselbetrieb zu bekommen. Ich glaube, dass die psychischen Folgen für Kinder und Jugendliche gravierend sind. Die Meldungen sind dementsprechend.

Ich glaube, dass das Wohl unserer Kinder in dieser Debatte manchmal viel zu kurz kommt. Ich sage ausdrücklich und sehr deutlich, dass besonders die Kleinsten in unserer Gesellschaft und deren Eltern einen riesengroßen Anteil an dem Erfolg der Pandemiebekämpfung haben. Das kommt in der Debatte manchmal viel zu kurz. Deswegen, Herr Minister, halten Sie an Ihrem Kurs fest!

Ich will an dieser Stelle wirklich noch einmal auf die belastende Situation der Familien eingehen. Ich will nicht alles wiederholen, was ich schon im Januar ausgeführt habe, was es für berufstätige Eltern bedeutet, im Homeoffice zu sein, Homeschooling zu machen und vielleicht zwei oder drei Kinder zu Hause betreuen zu müssen. Diese gehen wirklich an ihre Grenzen. Auch die Studien bestätigen, dass die Kontaktbeschränkungen in der Corona-Pandemie Kinder psychisch sehr belasten. Fast jedes dritte Kind zeigt psychische Auffälligkeiten. Ich will das nicht wiederholen. In der Abwägung zwischen Infektionsschutz und dem Recht auf Bildung darf auch das Wohl des Kindes nicht hintanstellen.

Zu den Wirtschaftshilfen ist in den vergangenen Tagen und Wochen viel berichtet worden. Ich glaube, alle, die mit den Wirtschaftsunternehmen, mit dem Einzelhandel, mit der Tourismusbranche und mit Hoteliers und Gastronomen gesprochen haben, wissen, wie belastend diese Situation ist. Dort macht sich wirklich Frust breit. Ich sage auch ganz deutlich: Trotz der Hilfsangebote und Programme, die es sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene gibt, fallen doch noch viel zu viele durch den Rost. Ich bitte darum, den Blick darauf noch einmal gesondert zu verstärken. Die Meldung von gestern, dass das Programm Neustart Niedersachsen Investition durch Umschichtungen um 348,5 Millionen Euro auf jetzt insgesamt 798,5 Millionen Euro aufgestockt wird, ist eine gute Nachricht, meine Damen und Herren.

Herr Minister Dr. Althusmann, ich glaube, Sie können sich gewiss sein, dass die Zustimmung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen zustande kommt. Ich bitte dann aber auch ganz herzlich darum, dass die Hilfen dann auch bei den Unternehmen ankommen. Sie warten mit Ungeduld auf diese Hilfe, weil sie dringend darauf angewiesen sind.

Zu guter Letzt will ich noch kurz auf die mitzubberatenden Anträge von Bündnis 90/Die Grünen und von der FDP eingehen.

Ich habe es vorhin schon erwähnt: Grundsätzlich darf man feststellen, dass die Grünen den Stufenplan der Landesregierung begrüßen und auch ein bundeseinheitliches Vorgehen für sinnvoll erachten und dann noch eine Vielzahl von zusätzlichen Forderungen - anders kennen wir es von den Grünen nicht - aufstellen. Der Forderungskatalog ist sehr ausreichend. Sicherlich kommen wir bei der einen oder anderen Forderung zusammen, bei der einen oder anderen vielleicht aber auch nicht. Zumindest ist es eine gute Beratungsgrundlage für den Fachausschuss.

Dies will ich auch extra für den Antrag der FDP sagen: Auch Sie haben den vorgelegten Stufenplan in Grundzügen begrüßt. Sie gehen mehr davon aus, dass man weniger zur Pauschalierung, sondern mehr zu Einzelfallentscheidungen kommt und sehr viel detaillierter darauf eingeht. Eine verlässlichere Strategie könnte die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen. Ich glaube, dass auch Sie eine Vielzahl von Punkten vorgeschlagen haben, denen man sich nähern kann. Aber bei einigen, glaube ich, wird es wieder heftige Diskussionen geben. Das kennen Sie aber.

Ich glaube, unser gemeinsames Ansinnen muss sein, den Stufenplan Niedersachsen nach der Auswertung - und dann im Bund-Länder-Vergleich - so „aufzupeppen“, dass er wirklich die Blaupause für das gesamte Land sein kann, für die ganze Bundesrepublik Deutschland. Das Zeug dazu hat er jedenfalls.

Ich will für meine Fraktion zumindest betonen, dass wir diesen Stufenplan ausdrücklich unterstützen und die Debatten im Ausschuss auch wirklich gerne abwarten wollen.

Ich habe aber auch die große Hoffnung, dass wir - wenn wir alle die Maßnahmen weiterhin diszipliniert und besonnen mittragen und die Impfstrategie weiter an Fahrt gewinnt - es gemeinsam schaffen können, diese Pandemie zu bekämpfen oder zumindest zu einem einigermaßen normalen Leben zurückzufinden. Ich will aber auch ganz deutlich sagen, dass auch ein Worst-Case-Szenario mit zu bedenken ist. Was ist eigentlich, wenn wir diese Zielwerte auf absehbare Zeit nicht erreichen? Was passiert dann, und wie können wir trotzdem Perspektiven aufzeigen, sodass wir wieder einigermaßen zu einer Gesellschaft zurückfinden, die diese Überlegung auch mitträgt und mitnimmt? Ich bin da sehr optimistisch und sehr hoffnungsfroh. Ich freue mich, was die Anträge angeht, auf die Beratungen im Ausschuss und danke für die Aufmerksamkeit.